Landtag
Nordrhein-Westfalen
14. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 14/514
18.10.2007

Hauptausschuss

36. Sitzung (öffentlich)

18. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:45 Uhr

Vorsitz: Werner Jostmeier (CDU)

Protokoll: Heike Niemeyer, Stefan Welter

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **7**

Der Ausschuss

- ergänzt die Tagesordnung einvernehmlich um zwei Aktuelle Viertelstunden,
- verständigt sich einstimmig darauf, den Tagesordnungspunkt „Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland“ vor dem Tagesordnungspunkt „Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008“ zu behandeln,
- kommt überein, den Tagesordnungspunkt „Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) - Gespräch mit der Vorsitzenden der KEK - heute nicht zu behandeln, da Frau Prof. Dr. Insa Sjurts, die sich bereit erklärt habe, ihre Ausführungen schriftlich zur Verfügung zu stellen bzw. eine persönliche Stellungnahme später nachzuholen, heute wegen des Lokomotivführerstreiks nicht anwesend sein kann.

1 Aktuelle Viertelstunden **8**

a) „Rückenwind für jedes Kind“

Auf Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
(s. Anlage 1 und die Antworten auf die Kleinen Anfragen 1896 und 1931 in Drucksachen 14/5206 und 5207)

b) „Redenschreiberaffäre in der Staatskanzlei“

Auf Antrag der Fraktion der SPD
(s. Anlage 2 und Antwort auf die Kleine Anfrage 1924 in Drucksache 14/5205)

2 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen in Deutschland (s. Anlage) **19**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 14/4849 und 14/4892

Vorlage 14/1366
Zuschrift 14/1145

- abschließende Beratung und Abstimmung, Beschlussempfehlung an das Plenum zur zweiten Lesung

  Der Ausschuss stimmt dem in der Tischvorlage vorgelegten Änderungsantrag zu Drucksache 14/4849 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

  Sodann stimmt der Ausschuss über die Artikel 1 bis 6 des Gesetzes zum Staatsvertrag zum Glücksspielwesen Drucksache 14/4849 getrennt ab.

  Art. 1: „Staatsvertrag“
  Der Ausschuss stimmt diesem Artikel mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu.

  Art. 2: „Ausführungsgesetz zum Staatsvertrag“
  Der Ausschuss stimmt Art. 2 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 3: „Spielbankengesetz“
Der Ausschuss stimmt Art. 3 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 4: „Telemedienzuständigkeitsgesetz“
Der Ausschuss stimmt Art. 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Art. 5: „Inkrafttreten“
Der Ausschuss stimmt Art. 4 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Gesamtabstimmung:
Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung einschließlich der eben beschlossenen Änderungen mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/4600

Drucksache 14/5200 - Ergänzung

- Einzelberatung der Haushaltsansätze
- Einführung und Beratung zur Ergänzungsvorlage

Einzelplan 01: Landtag 23

Kap. 01 010: Landtag 23

Tit. 531 00: Öffentlichkeitsarbeit des Landtags 23
Tit. 685 10: Zuschüsse an die NRW School of Governance für das Projekt „Jugend und Landtag“ 23

Einzelplan 02: Ministerpräsident 23

Ergänzung 23

Kap. 02 200: Medien- und Telekommunikation
Kap. 02 062: Kulturförderung 30

Im Haushalt nicht speziell Ausgewiesenes 32

Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration 33

Kap. 15 081: Landeszentrale für politische Bildung 33

Vorlagen 14/1282 und 14/1375

4 Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen 34

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

- Beratung über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 16. August 2007 (APr 14/461 und Drucksache 14/5051)

  Vorsitzender Werner Jostmeier wird zu einem Gespräch zwischen federführendem Ressort und den Obleuten einladen.

5 Europa für junge Menschen erfahrbar machen - Die europäische Jugend für Europa stärker begeistern 6

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3844

Der Antrag wird mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

6 Verschiedenes 37

a) Übertragungskapazitäten für Rundfunk 37

Vorlagen 14/1331 und 14/1336

Der Ausschuss nimmt die Vorlagen zur Kenntnis.

b) Zwischenbericht 2007 des Verfassungsschutzes des Landes Nordrhein-Westfalen zu Entwicklungen und Analysen des Extremismus in Nordrhein-Westfalen 37

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag des Vorsitzenden, diesen Zwischenbericht wenn möglich noch in diesem Jahr zu beraten.

c) Anhörung am 13. Dezember 2007 37

Der Vorsitzende weist auf die im Obleutegespräch getroffene Verständigung hin, dem Ausschusssekretariat vonseiten der Fraktionen CDU, SPD und FDP die Sachverständigen bis zum Ende der nächsten Woche zu benennen.

d) Gemeinsamer Antrag zu dem Thema „Rechtsextremismus“ 37

* * *

4 Gesetz zur Einführung des Wahlalters 16 bei Landtagswahlen

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4867

In Verbindung mit:

Gesetz zur Änderung des Landeswahlgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/3978

- Beratung über die Ergebnisse der öffentlichen Anhörung vom 16. August 2007 (APr 14/461 und Drucksache 14/5051)

Vorsitzender Werner Jostmeier bedankt sich bei allen Fraktionen, dass der Gesetzentwurf der Fraktion der SPD, der dem Ausschuss vor der Anhörung vom Plenum noch nicht formal überwiesen gewesen sei, in die Anhörung habe einbezogen werden können, und teilt mit, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe ihren Gesetzentwurf Drucksache 14/719, der in die Anhörung ebenfalls mit erörtert worden sei, anschließend zurückgezogen.

Er bitte um Vorschläge, wann - in der nächsten oder übernächsten Sitzung - der Hauptausschuss diese Thematik abschließend behandeln sollte. Selbstverständlich stände auch einer abschließenden Beratung und Abstimmung heute nichts entgegen, wenn sich die antragstellenden Fraktionen damit einverstanden erklärten.

Wolfram Kuschke (SPD) hält ein konstruktives Vorgehen in der Weise für vorstellbar, dass seine Fraktion darauf verzichte, ihre Initiative - Stichwort: Wahlalter - intensiv weiter zu beraten, zwei Anregungen aus der Anhörung Aufnahme in den Entwurf der Landesregierung fänden - erstens die Anregungen von Prof. Dr. Pukelsheim zum Devisorverfahren, sprich: zur möglichst präzisen Abbildung der Sitzverteilung, sowie zweitens die Herausnahme einiger Vorschriften aus dem Wahlgesetz und ihre Überführung in die Wahlordnung - und der Vorsitzende mit dem federführenden Ressort und den Obleuten ein Abstimmungsgespräch herbeiführe. Bei Einverständnis der Beteiligten wäre eine ausführliche Befassung heute entbehrlich.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) begründet das Zurückziehen des Antrags durch ihre Fraktion mit der großen Übereinstimmung, die dieser mit den anderen aufweise, und dem Wunsch, dadurch zu einem zügigen Beratungsverfahren beizutragen.

Als einen weiteren, in einem Abstimmungsgespräch aufzugreifenden Punkt nennt sie das Thema „Ersatzbewerber“, um eine Optimierung zu erzielen.

Vom Grundsatz her befürworteten Bündnis 90/Die Grünen den Gesetzentwurf der Landesregierung und schössen sich dem Verfahrensvorschlag von Wolfram Kuschke an.

> Vorsitzender Werner Jostmeier wird sich bemühen, ein Gespräch zwischen federführendem Ressort und den Obleuten am Rande des Plenums zu arrangieren.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE) ergänzt, vielleicht böte sich auch eine Vorklärung auf Arbeitsebene an.